

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Schalter-Büro geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Belegstellen: Frankfurt a. M. Nr. 7106.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:
"Tagblatt" Nr. 688-82.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen
Belegstellen: Frankfurt a. M. Nr. 7106.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerordentlich entgegen: in Wiesbaden
die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabestellen und in den
benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger und die Post.

Bezugs-Preis für die Zeit: Mt. 1.— für deutsche Anzeigen; Mt. 1.50 für ausländische Anzeigen; Mt. 4.50
für örtliche Anzeigen; Mt. 6.50 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme außer-
ordentlich entgegennehmender Redaktionen. — Anzeigen-Annahme: Für beide Ausgaben bis 18 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Sambergerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Freitag, 26. März 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 145. + 68. Jahrgang.

Die Folgen des Putsches.

—o— Berlin, 24. März.

Vom Kapp-Lüttwisch-Putsch wird man reden und sagen, wenn andere Dinge dieser traurigen Zeit längst vergessen sind. Der Putsch und seine Gegenwirkung, der Generalsstreik, haben ein wirtschaftliches Scherbenfeld hinterlassen. Die meisten Kaufleute klagen, daß ihr Geschäft einen furchtbaren Stoß erlitten habe. Millionenwerte an Lebensmitteln sind infolge des Verkehrsstillstands verdorben angekommen. Die Ware muß bezahlt werden. Den Verlust trägt zunächst der Handel. Aber er sucht ihn wenigstens zum Teil auf das Publikum überzuwälzen, indem er die Preise der noch brauchbaren Waren erhöht. So klammern wieder alle Zahlen. Wichtige Geschäftsverbindungen sind durch den Stillstand zerrissen worden. Wer trägt die jenen Schaden? Wiederum der an Putsch und Streik ganz unschuldige Kaufmann und mittelbar auch das Publikum, das seinen Bedarf jetzt noch schwerer als bisher deckt. Und wie ist es mit der Bezahlung der Streiklöhne an die Arbeiter und Angestellten? Der Streik wurde am 13. März von der fliehenden Regierung Bauer ausgerufen. Er war sozialdemokratisch. Er wurde von weiten Kreisen des Bürgertums gebilligt und er hatte ja auch den beabsichtigten Erfolg. Am 19. März wurde er durch den Aufruf des Vizekanzlers Schiffer zurückgenommen. Für Streiklöhne werden also von der Regierung zu bezahlen sein. Das ist bitter und wird nicht ohne Reibungen abgehen. Und was geschieht hinsichtlich des Nachstreiks? Hinter diesen Nachstreik steht natürlich zum Teil noch mehr als persönlicher Ärger, nämlich eine wohlorganisierte Bewegung, in der sich die Unabhängigen mit Spartakus und den Kommunisten zusammengesunden haben. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Berliner Gewerkschaftskommission haben zwar den Generalsstreik als beendet an. Aber diese Stellen haben den Generalsstreik nicht geführt. Geführt wurde er von einer Generalsstreikleitung, die fast durchweg aus Unabhängigen besteht und die mit den neuen Verhandlungen der Regierung höchst unzufrieden ist. Der Kampf geht also weiter, ja viele behaupten, jetzt beginnt erst das Ringen um die Rechte des Proletariats. Die Regierung Bauer als Hüterin des Kapitalismus müsse niedergeboren werden. Was wollen diese Leute, die offenbar nicht wissen, daß sie mit ihrem Weiterstreiken der Wirtschaft ihres kranken Vaterlandes den Todesstoß versetzen? Ist es auf eine Sowjetbildung abgesehen? Aus Stuttgart wurde gemeldet, daß die Kommunisten und Unabhängigen die Parole ausgeben, sich aller Wachtproben zu enthalten und Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben. Ist das ein Funke Einsicht in trüber Stunde? Die Unabhängigen im Königreich Sachsen geben Flugblätter heraus, in denen zwar sehr viel verlangt wird. Arbeiterwehr, Sozialisierungen usw., aber mit keinem Worte die Katediktatur erwähnt wird. Das ist immerhin beachtlich. Auf der linken Bahn dem Vorwand zu führen doch hier und dort noch ein Halten zu sein. Alles kommt eben jetzt darauf an, daß sich die Regierung Bauer wieder einigermassen fest in den Berliner Sattel setzt und durch kluges Verhandeln sowohl mit der sozialistischen Radikalen als auch mit sächsischen Landesregierungen für Ausgleich und Ruhe sorgt. Alles weitere muß sich später finden. Der Nachstreik aber wird nicht so sehr durch Truppenaufgebote und Reichswehrverpflichtung, als vielmehr durch das gute Beispiel der wiederarbeitenden Wirtschaftskategorien beendet werden.

Die Berliner Presse.

Berlin, 24. März. Die Zeitungen, die nach Ächtung der Sozialdemokratie erschienen sind — die „Arbeiter-Zeitung“ konnte gestern schon erscheinen — sind an Umfang schwächer als gewöhnlich, weil sich die Redaktionen des Streiks und besonders der „Rang“ an Licht und Kraft noch nicht erholen. Besonders interessant ist die Art, wie sich die Blätter der Rechten mit den Dingen abfinden. Die „Arbeiterzeitung“ folgert aus der Ausdehnung der Deutschnationalen Volkspartei, daß auch sie von den sich überfüllenden Ereignissen vollständig überfordert war, besonders, daß die Einwohner Berlins den Geschicknissen zunächst in hundertfacher Gleichgültigkeit zuschauen. In einem langen Übersichtsbericht Graf Bethow ein volles Maß der Verantwortung für die Ereignisse des 13. März und ihre Folgen auf die Parteipolitiker, weil sie durch ihre verfassungswidrigen Festhalten an der Reichsregierung Schuld auf sich geladen hätten. — Die „Deutsche Zeitung“ meint, Herr Kapp habe eine Gegenrevolution mit so lächerlich unzureichenden Mitteln gemacht, daß man sich an den Streik halten müsse, wie ein Politiker zu einer beratenden politischen Handlung seine Hand haben lassen können. „Am es rund heraus zu sagen, der Kappische Putsch war in seiner Wirkung ein Verbrechen aus nationalen Gedanken. Kapp und seine Kreise schützten auf seiner politischen Unfähigkeit und Halbheit.“ — Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nennt die Episode Kapp ebenso wenig als verhängnisvoll nicht nur für ihn und seine Freunde, sondern auch für das ganze Volk. Ihr Vorgehen sei unerschuld-

bar, ein Vabanquespil gewesen mit ihrer Partei, ihrer Partei und dem Vaterland. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: „Unsimile Annahme, wie völliges Verleugern der politischen Lage, ein verbrochenes Spiel mit dem Schicksal eines Volkes, das ist das, was die so kurze, aber inhaltsschwere Zeit, während der das autokratische Regiment Kapp am Ruder war, kennzeichnet.“ (A. Z.)

Abwartende Haltung des Verbandes.

Br. Kiel, 24. März. (Fig. Drahtbericht.) Die Freisinformation meldet aus Paris: In seiner gestrigen Sitzung hat der Oberste Rat beschlossen, in der Angelegenheit der deutschen politischen Geschehnisse eine abwartende Haltung einzunehmen und von aktiven militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland vorläufig abzusehen.

Br. Basel, 25. März. (Fig. Drahtbericht.) Während die französische Presse die Vorgänge im Ruhrgebiet in der Hauptsache für Bluff betrachtet und hinter den kommunistischen Umtrieben reaktionäre Offiziere vermutet, weisen die französischen Beobachter im Rheinland und Ruhrgebiet darauf hin, daß die dortige sozialistische Bewegung viel weniger einen umstürzlerischen als preußenfeindlichen (?) Charakter habe. Der Spartakismus sei kein Bolschewismus. Den Erklärungen des Bundes in der französischen Kammer über die auswärtige Politik sieht man mit großer Spannung entgegen. Hervorzuheben ist, was der „Temps“ über die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland sagt: In der Behandlung der deutschen Politik sind die Beziehungen zwischen den Alliierten der ersten Prüfung ausgesetzt, die sie seit dem Waffenstillstand zu bestehen hatten.

Was Lardieu meint und vorschlägt.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Geleit“ erklärte Lardieu, daß es angesichts der Ereignisse in Deutschland dringend nötig sei, eine schnelle Zusammenberufung der alliierten Staatsoberhäupter zu veranlassen, in der über eine deutsche, an die deutsche Regierung gerichtete Aufforderung beraten werden solle, die die Auslieferung der im Friedensvertrag festgesetzten Anzahl von Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen in kürzester Zeit verlange. Würde diesem Verlangen nicht nachgegeben, dann müßten die Alliierten alle zu ihrer Verfügung stehenden Garantien andrücken und alle für den Nichtausführungsfall des Versäumnisses vorgesehenen Sanktionen zur Anwendung bringen. Lardieu meinte, daß man dies alles eigentlich schon jetzt tun könne, denn der Friedensvertrag sei heute schon bereit verhandelt, wie es nur irgend ein Vertrag werden könne.

Keine Demission des preussischen Kabinetts?

W. T. B. Berlin, 25. März. (Drahtbericht.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, entspricht die Meldung, daß Ministerpräsident Hirsch die Demission des preussischen Kabinetts überreichte, nicht den Tatsachen.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten an die Beamten.

W. T. B. Berlin, 24. März. (Drahtbericht. Amtlich.) Der Reichspräsident hat folgenden Aufruf erlassen: An die deutsche Beamtenschaft! In den schweren Tagen, da einige freisinnige Vertreter und ein kleiner Teil irgeleiteter Politiker versucht, die Reichsregierung zu stürzen und die Grundlagen von Recht und Gesetz, die Verfassung zu beschneiden, hat sich die deutsche Beamtenschaft im Reich, Land und Gemeinden in entschlossener Abwehr zur Verteidigung des Rechts und der Demokratie gegen Gewalt und Rechtswillkür zusammengeschlossen. Die deutsche Beamtenschaft hat dadurch einen neuen Beweis ihrer Treue zur beschworenen Pflicht und ihrer verfassungsmäßigen Gehorsams gegenüber der Reichsregierung gegeben und ihrer ehrenvollen Geschichte damit ein neues Dokument selbstloser und zielbewusster Arbeitstreue beigetragen. Durch ihre entschlossene Abgabe an die Träger des Staatsrechts und der Reaktion, durch ihr treues Festhalten an der verfassungsmäßigen Regierung und den Gesetzen hat die deutsche Beamtenschaft und in erster Linie die Beamtenschaft des Reiches in hohem Maße dazu beigetragen, daß der wohnwichtige Staatsoberbau der Rapp und Lüttwisch so rasch in sich zusammenbrach und Recht und Gesetz gesiegt haben.

Die Lage im Industriegebiet.

Harte Kämpfe um Wesel.

W. T. B. Berlin, 25. März. (Drahtbericht.) Die „B. Z.“ meldet aus Essen, daß die Leitung der Roten Armee den Fall von Wesel bekanntgegeben. Die Rote Armee sei bereits in Wesel eingezogen. — Rottz des W. T. B.: Eine Bekämpfung liegt hier nicht vor. Andere Meldungen besagen, daß heute vormittag 10 Uhr um Wesel hart gekämpft wurde, daß es aber noch immer fest in der Hand der Regierungstruppen war.

Br. Essen, 25. März. (Fig. Drahtbericht.) Die Kämpfe zwischen Reichswehr und Arbeitern dauern trotz des Waffenstillstandsabkommens von Eisleben noch an. Die Reichswehr war bis in die Nähe von Friedrichsfeld zurückgegangen, und die Arbeiter folgten ihr. Hierbei kam es jedoch zu heftigen Gefechten, so daß die Arbeiter erhebliche Verluste hatten. Die Reichswehr eroberte einen Panzerzug. Die Kampfleitung der Roten Armee hat den am 22. März in Eisleben abgeschlossenen Waffenstillstand abgelehnt. Die Kämpfe nahmen gestern den ganzen Tag ihren Fortgang.

Keine holländischen Verhandlungen mit der Roten Armee.

W. T. B. Haag, 24. März. (Drahtbericht.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß von Verhandlungen mit Vertretern der roten Arbeitertruppe im Ruhrgebiet nicht die Rede sein könne. Diesbezügliche Nachrichten deutscher Zeitungen sind unrichtig. Das Mitglied der Zweiten holländischen Kammer Weijland hat heute in dieser Frage eine Interpellation eingebracht, die morgen zur Besprechung kommen wird.

Die Kampfzüge in Thüringen.

W. T. B. Eisenach, 25. März. (Drahtbericht.) Die gegenwärtige Lage in Mittelthüringen ist noch immer sehr bedrohlich. Die Stärke der Roten Garde wird auf 2000 bis 3000 Mann geschätzt. Gestern gab es über Eisenach einen regelrechten Abwehrkampf mit Geschützen und Maschinengewehren gegen zwei Bataillone, die Aufklärungsdienste für Gotha waren. Magdeburgische Burdenschafter haben als Zeitfreiwillige die Wartburg besetzt. Der Vormarsch gegen die Rote Armee dauert an.

Die Berliner Todesopfer.

Berlin, 24. März. Die Zahl der Todesopfer, die den Märzputsch mit seinen schweren Folgen in Berlin gefordert hat, ist noch nicht genau festgestellt. Bis Montag wurden fünfzig Tote gezählt. Es ist aber anzunehmen, daß diese Zahl noch steigen wird, wenn die Meldungen bei der Polizei sämtlich eingelaufen sein werden, die durch den Mangel an Verkehrsmitteln ihren Bestimmungsort bisher noch nicht erreichen konnten. Das Groß-Berliner Rettungswesen hat in den Tagen des Umsturzes 23 Personen, die verletzt worden sind oder sonst zu Schaden kamen, die erste Hilfe geleistet. Auf den Stationen wurden 18 Tote eingeliefert. Nach den blutigen Zusammenstößen unter den Linden wurden in der Brandenburger-Tor-Passage, im Hotel Alton und Hotel Bristol Unfallstationen eingerichtet, die sehr bald in Tätigkeit treten mußten.

Amerika und der Friede.

W. T. B. Amsterdam, 24. März. Die drahtlos aus Washington gemeldet wird, brachte Senator Owen im Senat einen Antrag auf Abänderung der Verfassung ein, wonach der Senat einmütig werden soll, den Friedensvertrag zu ratifizieren, wenn der Ratifikationsantrag eine Einstimmigkeit erzielt und nicht Zweidrittelmehrheit, wie sie die Verfassung vorschreibt.

Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes.

Br. Haag, 25. März. (Fig. Drahtbericht.) Nach den letzten Nachrichten wird bei der großen Wirtschaftskonferenz, die der Völkerbund im Mai in Brüssel zusammenberufen wird, mit der Anwesenheit der Finanzminister der eingeladenen Länder zu rechnen sein. Daß auch deutsche Sachverständige aufgeführt werden, an der Konferenz teilzunehmen, ist nahezu sicher. Es ist also von der größten Wichtigkeit, daß den Posten des Reichsfinanzministers eine Persönlichkeit einnimmt, die bei der Einladung nicht umgangen werden wird. Auf der Konferenz wird voraussichtlich auch die deutsche Kriegsentwädigung besprochen.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag.

Der im Jahre 1904 von der Schweiz mit Deutschland abgeschlossene und zum 16. März 1920 gekündigte Handelsvertrag ist in der Weise verlängert worden, daß er von diesem Tage an stillschweigend von drei zu drei Monaten in Kraft bleibt, bis eine Kündigung erfolgt.

Kredithilfe für Österreich.

Nach einer Rentermeldung finden in den nächsten Tagen in Kopenhagen Verhandlungen zwischen Vertretern der englischen und französischen Regierungen über die Kreditgewährung an Österreich und andere mitteleuropäische Länder statt. Die das schwedische Außenministerium miteilt, handelt es sich dabei um Besprechungen von vorbereitender Art.

Englische Kohlen für Frankreich.

Die Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung in London über die Kohlenlieferung Englands an Frankreich sind beendet worden. Die Blätter erfahren, daß England die für die Neutralen bestimmten Kohlenmengen fügen wird, um Frankreich eine größere Kohlenmenge zu überweisen. Die französische Industrie konnte aber auf höchstens 40 Proz. der benötigten Rechenungen rechnen.

Die österreichischen Sozialisten und die Lage in Deutschland.

Wien, 24. März. Die „Arbeiterzeitung“ meldet, befaßte sich der Wiener Arbeitererrat mit der durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen politischen Lage. Friedrich Adler begründete im Auftrag der Obmannerversammlung den verabschiedeten Aufruf an das Proletariat Deutschlands. Darin wird das deutsche Proletariat zur Schließung seines Kampfes aufgefordert und sodann zum Zweck der gemeinsamen Aktion der Arbeiter gegen die Gefahr der Konterrevolution zur Schaffung einer Wehr, wie sie das Proletariat in Österreich begehrt, gefordert. Zum Schluss heißt es: „Euer Schicksal ist unser Schicksal. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo der Anschluß des Proletariats Deutsch-Österreichs an das revolutionäre und sozialistische Deutschland erfolgt. Der Antrag des kommunistischen Friedländer auf Abschaffung des Proletariats wurde angenommen.“

Deutschland.

Die Kohlenfrage.

Mz. Berlin, 24. März. Über die Kohlenfrage wird von unserm Berichterstatter mitgeteilt, daß in Westfalen wieder voll gearbeitet wird. Es werden täglich ungefähr 6000 Eisenbahnwagen gestellt, so viel wie zur Zeit, als die Aufnahme der Arbeit begann. In Schlesien wird voll gearbeitet, doch gestattet die Verkehrslage nicht, die geförderten Mengen aus den Revieren zu schaffen, da besonders der Umk. Kohlenhof Prosaau-Wodau stark verstopft ist. Am rheinischen Braunkohlenrevier, das im besetzten Gebiet liegt, kostete die Arbeit sehr während der kritischen Tage. Im mitteldeutschen Kohlenrevier und im Bitterfelder Revier wird so gut wie nicht gearbeitet; ebenso wird in Sachsen noch zum großen Teil gestreift.

Die Kündigung des deutsch-polnischen Beamtenabkommens.

Mz. Bromberg, 24. März. Der Staatskommissar für die Überleitung an Polen teilte dem deutsch-polnischen Pressedirektor mit: Nach den neuesten amtlichen Informationen wurde die Verlängerung des deutsch-polnischen Beamtenabkommens nicht einseitig erteilt. Die vorübergehend in Polen in Dienst getretenen deutschen Beamten scheiden daher mit dem 31. März aus.

Heimkehr aus Sibirien.

Mz. Berlin, 24. März. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der Kriegs- und Zivilgefangenen in Ostasien ist gestoppt. Auf japanische Dampfer sind gewartet worden, von denen der erste am 20. März Vladivostok verlassen sollte. Die Kosten für die Heimkehr der ungefähr 5000 Gefangenen betragen rund 150 Millionen Mark.

Mz. Berlin, 24. März. Von den Heimkehrtransporten aus Japan gingen die Dampfer „Ane Maru“ am 9. März von Sakai nach Port Said und „Kobun Maru“ am 14. März von Port Said nach Anthonomale dort interniert gewesener deutscher Reichsangehöriger nach Bremerhaven ab, wo letztere am 1. April erwartet wird.

Sozialdemokratischer Parteitag.

W. T. B. Köln, 25. März. (Druckbericht.) Nach einer Mitteilung der „Köln. Ztg.“ wird die Einberufung eines außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitagess schon im Laufe des April erfolgen. Demnach tritt in Berlin der Parteitag zusammen, welcher sich mit der vorläufigen Regelung des sozialdemokratischen, durch das Einziehen einiger Genossen auf Ministerposten geschleierten Parteivorstandes beschäftigen wird.

Der Preis des Alpins.

Von den Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen erhalten wir unter Bezugnahme auf die in der Nr. 111 vom 6. März d. J. veröffentlichte Frage, warum das Alpin im Preise so sehr gestiegen ist, die Auskunft, in der es u. a. heißt: „Somit ist es nicht zu erwarten, daß wir den hier diskutierten Preis mit dem Alpin zurückzuführen können. Die großen Auslandsaufträge in Asien werden nicht von den Farbenfabriken gemacht. Wir haben im Jahre 1919 nur etwa den fünften Teil der Mengen ausführt, die wir im Jahre 1913 aus Asien geliefert haben. Umgekehrt betrug unter Alpin-Union 1919 in Deutschland ungefähr das Fünffache des deutschen Friedensverbrauches. Die Schuld daran, daß so viel Ware ins Ausland abwandert und damit an manchen Stellen ein Mangel an Alpin entsteht, tragen solche Zwischenhändler, die unsere Präparate kaufen und zu Spekulationszwecken einlagern, um sie dann, wenn durch die übertriebene Nachfrage durch zweifelhafte Elemente, die mit dem pharmazeutischen Markt nichts zu schaffen haben, mit großem Nutzen nach dem Ausland zu verschleusen. Alle dagegen von uns ergreiften Maßnahmen haben bedauerlicherweise diesen Umfang nicht zu ihrem Vermögen. Daß im übrigen die durch Vertreibung der Rohmaterialien, Steigerung der Löhne usw. um das Vielfache erhöhten Einheitspreise auch die während der gesamten Kriegsjahre unerschütterlich gebliebenen Alpinpreise für Alpin wenigstens einigermaßen ausgeglichen werden mußten, bedarf keiner weiteren Erläuterung.“

Kleine politische Nachrichten.

Zum deutschen Bevollmächtigten für das Abstimmungsgebiet in Oberschlesien ist der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, Rüst v. Dabbsfeldt, Herzog zu Draheimberg, ernannt worden.

Aus dem Saargebiet.

Dr. Saarwald, 25. März. (Druckbericht.) Gestern Abend fand im hiesigen Saalbau eine große Versammlung statt, die von der hiesigen Zentrumspartei einberufen war zur

Stellungnahme zu dem neugeschaffenen staatlichen Verhältnis im Saargebiet. Die Versammlung, die von Tausenden besucht war, gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung für das Deutschum. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall und mit begeisterten Rufen aufgenommen. Damit dürfte gezeigt worden sein, daß die große Mehrheit der Saarlouiser Bevölkerung mitlich sehr deutsch empfindet und keineswegs hinter den Rücken des Saargebietes bei dem Bekanntnis ihrer Nationalität zurücktritt.

Ausland.

Österreich.

Die Besetzungsdirektion. W. T. B. Wien, 25. März. (Druckbericht.) Die Nationalversammlung nahm eine Vorlage an, wodurch die Besätze sämtlicher Kategorien von öffentlichen Angestellten erhöht werden. Die hierdurch notwendigen Mittel belaufen sich auf 3 Milliarden Kronen und sollen durch Erhöhung der Preise für Tabak, Zigaretten, der Eisenbahntarife und der Post-, Telefon- und Telegraphengebühren beschafft werden.

Italien.

Der Landarbeiterstreik in Norditalien. Der „Secolo“ meldet aus Venedig, daß der Landarbeiterstreik einen bedrohlichen Charakter angenommen habe. In verschiedenen Ortschaften sei es zu schweren Zwischenfällen gekommen.

England.

Neue Kohlenkrise. W. T. B. London, 25. März. (Druckbericht.) Man befindet sich in einer neuen Kohlenkrise. Die Konferenz der Delegierten des Grubenarbeiterbundes hat einstimmig eine Resolution angenommen, die auf das Anzeichen der Regierung von einer Lohn-erhöhung von 20 Prozent nicht eingeht.

Er mordung eines irischen Bürgermeisters. Eine Bande bewaffneter und maskierter Leute ist mit Gewalt in die Wohnung des Bürgermeisters von Cork eingedrungen und hat ihn mit einem Revolvererschuss getötet. Die Täter sind in einem Automobil entkommen.

Spanien.

Der Ostbahnstreik. W. T. B. Madrid, 25. März. (Druckbericht.) Der Zugverkehr kann demnächst desjenigen Personals der Eisenbahngesellschaften, das dem Streik feindlich gesinnt ist, nach und nach wieder ausgenommen werden. Die Volgartruppe wurde zurückgezogen. Die Zeitungen melden, daß zwei Eisenbahngesellschaften beschlossen haben, ihrem Personal die verlangte Lohnenerhöhung und eine Gratifikation in Höhe eines Monatslohns auszugeben.

Was der Auswanderer wissen muß.

In der „Illustrierten Auswandererzeitung“ (Stuttgart, Verlag Ausland und Heimat) teilt die Auswanderervereinigung des Deutschen Auslandsbüros Stuttgart mit: In der mündlichen Auswandererberatung ist neuerdings die Ausreise zu Verwandten nach den Vereinigten Staaten eine größere Rolle. Es muß immer wieder betont werden, daß diese nur nach Genehmigung des Commissioner General of Immigration in Washington möglich ist. Der Antrag wird am besten durch den Verwandten in den Vereinigten Staaten selbst gestellt. Diese Genehmigung ist dann dem amerikanischen Konsul des neutralen Abfahrtsortes zwecks Verfertigung mit dem Vorkauf zu senden. Nach den neuesten Nachrichten sind die amerikanischen Konsulate in den neutralen Nachbarstaaten von Deutschland ermächtigt worden, auch unmittelbar das Verzeichnis der Deutschen zu erstellen, welche nachweislich in Geschäften nach den Vereinigten Staaten reisen wollen, so weit amerikanische Interessen dadurch nicht geschädigt werden. Es ist im übrigen zu bemerken, daß nach hierher gelangten Mitteilungen infolge der militärischen Entlassungen das Arbeitsangebot auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt sehr groß ist. Da die entlassenen Soldaten Anspruch auf Versorgung haben, so finden neueinteressende Einwanderer nur sehr schwer Stellung, auch herrscht noch in vielen Teilen der Vereinigten Staaten harter Deutschenmangel. Außerdem können solche, die bereits Verbindungen, Familienangehörige usw. in den Vereinigten Staaten besitzen und bestimmte Vorteile auf ausnahmeweise Zulassung rechnen. So können vom Verbot befreit werden: Priester und Religionslehrer, Wissenschaftler, Lehrer, Studenten, Schriftsteller, Redaktionschefs, Journalisten, Chemiker, Ärzte, professionelle Künstler und Fachhandelsreisende, sowie deren rechtmäßige Ehefrauen und deren Kinder unter 16 Jahren; außerdem folgende Verwandte von ausnahmsweise zugelassenen Einwanderern oder von sol-

chen, die bereits Bürger der Vereinigten Staaten sind; Eltern oder Großeltern, wenn über 55 Jahre alt, unterdeutsche oder im Winterstand befindliche Töchter, wenn nicht über 18 Jahre alt, erteilte Reisen und Reisen, wenn unter 14 Jahre alt. Weiterhin können zugelassen werden Ausländer, die wegen ihres Glaubens gefährdet sind oder im amerikanischen Verdienst gefangen haben. In allen diesen Fällen ist es bis zur Wiedererrichtung amerikanischer Konsulate in Deutschland wohl am besten, sich durch Beiziehung von Bekannten oder Verwandten in den Vereinigten Staaten über die Vorbedingungen der Einreise zu unterrichten. Dieses Verfahren empfiehlt sich auch für alle anderen, die an sich zunächst noch den vorgezeichneten Bestimmungen nicht auf eine ausnahmsweise Einreise-Erlaubnis rechnen können, so weit sie Bekannte oder Verwandte in Amerika besitzen, die sie aufnehmen oder sich für sie sonst verwenden wollen.

Wiesbadener Nachrichten.

Die deutschen Ausfuhrbestimmungen im besetzten Gebiet.

Der Delegierte des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr teilt mit: Die Internationaler Handelskommission in Koblenz hat gegen die Ausfuhrbestimmungen vom 27. November 1919 sowie gegen die Verordnung über Ausfuhrkontrollen vom 20. Dezember 1919 keine Einwände erhoben. Damit sind die deutschen Ausfuhrbestimmungen in vollem Umfang (wie schon früher kurz erwähnt) auch im besetzten Gebiet anwendbar. Das Reichs-Industrie- und Handelsministerium hat daher den Regierungsrat Dr. Rauer als Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbestimmungen nach Köln entsandt, um dort eine Zweigstelle für die gesamten besetzten Gebiete zu errichten. Der Delegierte ist zurzeit damit beschäftigt, die erforderlichen Räume bereitzustellen zu lassen, das Lokal zu beschaffen und das Personal anzustellen. Es kann daher nicht erwartet werden, daß die neue Behörde schon jetzt mit der erdünschen Schweißarbeit und Reibungslosigkeit arbeitet. Es steht indes zu hoffen, daß dies in etwa 2 Wochen der Fall sein wird. Die Handel- und Gewerbetreibenden werden sich daher hinsichtlich der Erleichterung ihrer Wünsche und Anfragen in den ersten Wochen etwas gedulden müssen. Im übrigen wird der Delegierte zur Erleichterung der Überleitung in den neuen Zustand jede unnötige Härte nach Möglichkeit zu vermeiden trachten, um der Eigenart der Verhältnisse im besetzten Gebiet Rechnung zu tragen. Übergangsbestimmungen in diesem Sinne sind zurzeit in Bearbeitung. Durch die Tätigkeit des Delegierten werden die Befugnisse der Zentralstellen für Ausfuhrabfertigung sowie der Außenhandelsstellen nicht berührt. Wer daher Waren ausführen will, für welche eine Ausfuhrbewilligung einer Zentralstelle oder einer Außenhandelsstelle erforderlich ist, muß nach wie vor die Erstellung dieser Bewilligung bei den zuständigen Zentralstellen oder Außenhandelsstellen beantragen. Ob und in welcher Weise sich hierzu etwas ändern wird, wird sich im Laufe der Praxis aus der weiteren Entwicklung der Verhältnisse ergeben. Sowohl die Reichsregierung als auch der Delegierte sind vom besten Willen besetzt, den erforderlichen Stellen des besetzten Gebiets wie auch dem Reichsamt für die Ausfuhr zu nützen. Um diese Aufgabe zu erleichtern, ist es aber dringend erforderlich, daß die interessierten Kreise in den nächsten Wochen die Behörde vollständig erreichen ist, mit ihren Anfragen und Wünschen möglichst Zurückhaltung üben.

Weitererhebung der Umsatzsteuer nach dem alten Gesetz.

Die in der Sonderausgabe enthaltene Mitteilung des Pressedirektors unter obiger Überschrift bedarf der Vertiefung. Der § 47 des neuen Umsatzsteuergesetzes bezieht sich wie auch auf dieser Mitteilung hervorgehoben, nur auf diejenigen im § 5 des alten Umsatzsteuergesetzes aufgeführten Gegenstände, die unter § 15 des neuen Gesetzes fallen; dagegen sind die nach § 21 im Kleinhandel mit 15 v. H. Steuerpflichtigen Gegenstände, nämlich die unter Nr. 1, 4 und 5 der oben erwähnten Mitteilung genannten, und zwar: 1. die ersten Zwischenerarbeiten und Schmuckstücke der 5. oder im § 8 Nr. 1 bezeichneten Art, also ausschließlich der unedlen (platinieren, vergoldeten, versilberten) und der lediglich mit Goldbeschichten versehenen, die nunmehr der erhöhten Steuer des 15 v. H. unterliegen; 2. Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik der 5. oder im § 8 Nr. 4 bezeichneten Art (die Steuerbegünstigung des Abs. 2 dieser Gesetzesvorschrift hinsichtlich der Werke lebender Künstler ist im Wesentlichen geblieben); 3. Antiquitäten und sonstige 5. oder im § 8 Nr. 4 bezeichneten Gegenstände, auch wenn sie sich bereits am 31. Dezember 1918 im Besitz des Steuerpflichtigen Kleinhandelsbetriebs befanden, vom 1. Januar d. J. ab im Kleinhandel mit 15 v. H. Steuerpflichtig. Dieser erhöhten Umsatzsteuer unterliegen, wie hier nochmals bemerkt wird, vom 1. Januar d. J. ab sowohl beim Hersteller wie im Kleinhandel nicht mehr a) Goldarbeiten und unedelm Metall sowie Silberne mit nur

Im Spiel des Lebens.

„So lange du mich brauchst, bin ich bei dir“, sagte Hedda mit liebevollem Blick, und heiße Rote stieg in ihr Gesicht. Heddas Blick ruhte sinnend auf der Freundin. Was bewegte sie? War ihr die Erinnerung an ihr letztes Gespräch mit Robert so peinlich, daß sie ein Wiedersehen mit ihm scheute? Oder konnte sie glauben, der Bruder könne sie bei ihr ersehen, sie sei unglücklich? Daß ihre Gefühle freudiger Natur sein könnten, daß sie dachte, sie sei nun frei für Hans Gutstein, das schien Hedda ausgeschlossen, denn das schmerzliche, erregte Gesicht der Freundin sprach nichts davon. Die junge Frau erhob sich. Sie trat hinter Sylvias Stuhl und legte die Arme fest um ihren Hals. „Hörst du“, sagte sie weich und zärtlich, „du weißt gar nicht, wie lieb ich dich habe, und was du mir bist, sonst dachtest du nie daran, von mir zu gehen.“ Sie küßte die dunklen Augen in dem wieder blauen Gesicht. Sylvia aber umschloß die Freundin mit ihren weichen Händen und sah erregt zu ihr auf. Was hätte sie darum gegeben, wenn Hedda so vor einem Jahr zu ihr gesprochen hätte. Und ein bitteres Lächeln stieg um ihren Mund. „Noch denken wir ja nicht ans Scheiden“, sagte sie leise, „und so lange ich bleiben kann, ist ich's von Herzen gern.“ „Sei froh, daß ich dich nicht beim Wort nehme“, versuchte jetzt Hedda in neckendem Ton zu sagen, aber so recht gelang es ihr nicht. „Nun laß uns aber an unseren Aufenthalt an der Riviera denken. Dort heißt es Toilette machen, wir haben zu allen Reisevorbereitungen nur vierzehn Tage Zeit.“

sehen! Was sie erschreckte und doch fürchtete, — seine Rückkehr nach Deutschland stand bevor. Kam er, sich sein neues Glück zu holen? Sie hatte nichts mehr erhofft von dem einstgeliebten, aber nun die Stunde des Wiedersehens heranrückte, wachte das alte Fühlen und Wünschen wieder in ihr auf, das ihr Stolz seither niedergedrückt hatte. Was sollte jetzt werden? Konnte sie ihm ruhig gegenüberzutreten, mit diesem Aufruhr im Herzen? Würde er nicht sehen, wie sie litt? Das durfte, das sollte nicht sein! Sie mußte Mittel und Wege finden, sich von Hedda zu trennen, die sie doch nicht in die Vergangenheit einweisen durfte. Aber hatte sie die Freundin nicht gelobt, ihr treu zur Seite zu stehen, bis sie Roberts Nähe kannte? Solvia kämpfte schwer! Schließlich kam sie doch zu dem Entschluß, einem Wiedersehen mit Robert nicht aus dem Wege zu gehen! Mühte er sich nicht abzugeben, sie fürchte sich, seinen Weg zu kreuzen, die alte Liebe lebe noch in ihrem Herzen? Nein, er sollte sie nicht schwach sehen! Die Vergangenheit war tot, das wollte sie ihn fühlen lassen, kein Blick, kein Wort sollte ihn an das Einst erinnern. Fröstelnd erhob sie sich und begann die Stube zu durchwandern; um von der nebenan schlafenden Hedda nicht gehört zu werden, glitt sie auf leisen Sohlen dahin. Sie versuchte ruhiger zu werden, aber jeder Nerv in ihr bebt, und sie durchlebte in Gedanken noch einmal all das Leid, das sie bei der Trennung von ihm empfunden! Wie allein sie sich fühlte, trotzdem sie wußte, daß Heddas Liebe und treue Freundschaft ihr gehörte. Sollte sie sich der einen nicht entziehen, die teilnahm an ihrem Geschick? Vielleicht konnte sie sich das Herz leicht reben und Trost bei ihr finden, die den Bruder vergötterte und besser kannte als sie? Im Ende auch fand Hedda ein Wort, das ihr Handeln erklärte und ihn freisprach. „Aber nein, sie durfte ihn nicht preisgeben! Sie mußte ihr Wort halten und schweigen. Sie war neuzustell, das

alles allein zu tragen, so sehr es sie danach verlangte, sich einer mitfühlenden Seele anzuvertrauen. Ein heißes Sehnen nach der toten Mutter stieg in ihr auf! Auch ihr hatt; das Leben Schweres auferlegt, auch sie war glücklich dahin gegangen. Aber hätte sie ihr, ihrem einzigen Kinde, nicht doch Trost gewußt, ihr nicht mit weichen Händen den Schmerz gelindert? Sie hatte selbst schwer gelitten, über ein halbes Menschenleben lang, durch den, dem sie sich in Liebe und Vertrauen hingegeben hatte. Sollte dasselbe Schicksal ihrer harren? Nein, das wollte, wollte sie nicht! Sie mußte sich innerlich freimachen von diesem Mann, sie durfte an dieser Liebe nicht untergehen. Nur ihn nicht mehr sehen, nicht gezwungen sein, seine Nähe zu ertragen, dann würde alles gut werden. Und sie wollte frei sein, wie sie es ersehnte! Plötzlich hob ein froher Atemzug ihre Brust. Hatte sie denn Hans Gutstein ganz vergessen? Ja, er würde kommen, wie er es ihr versprochen hatte, ihr die Freiheit bringen und sie erlösen mit seiner treuen Liebe, und bald, ganz bald kam er hierbei. Erst in seinem letzten Brief hatte er davon geschrieben, wo aber war's dann Hedda und sie? Nun erst fiel ihr ein: Sie mußte ihm mitteilen, daß sie Berlin in ganz kurzer Zeit verlassen! Sie senkte, als sie daran dachte, daß sie damit die Stunde der Erlösung hinausgeschob, aber sie holte sich rasch Papier und Feder herbei und begann zu schreiben. Da öffnete sich leise die Tür des Nebenzimmers, und Hedda erschien. Wie sie das Zeit verlassen hatte, im spizenbelegten Nachkleid und mit flechten Füßen, kam sie auf Solvia zu und schloß die Arme um ihren Hals. „Was quält dich denn, Liebste?“ frug sie, „ich höre dich schon die ganze Zeit unübergeben und mühte einmal nach dir schauen.“ Nun erst sah sie, daß Solvia schrieb. „Du, du“, drohte sie lachend, aber mit forciertem Heiterkeit, „Liebesgedanken haben dich gequält, da komme ich wohl ungelesen, nicht wahr?“

Fortsetzung folgt.

einem silbernen Dede; 1) sogenannte Kränzer- und ...

Vertragsgeschäfte befinden sich jetzt noch in Betrieben ...

Ein lustiges Stückchen von einer Wildjagd erzählt ...

Bräuten wir öffentliche Kindergärten? Dem Betrugsdienst ...

Inh. In dem Bericht über den ...

Ein wertvoller Hund. Durch große Anstrengungen in der Presse ...

Hotelübernahme. Die Polizei warnt vor zwei ...

Aus dem Vereinsleben. Der Wiesbadener Männergesangsverein ...

„Societätverein“. Die für Korrespondenz vorgesehene ...

Der „Jubelverein“ teilt mit, daß er jeden Freitag, abends ...

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Verkauf. 24. März. Der Haus- und Grundbesitzer ...

Sport.

Feuertag des Saues Süd-Rosau. Am Sonntag tagte in ...

Gerichtssaal.

Der Fall Gräbe vor dem Schwurgericht. Frankfurt a. M., 24. März. Der bekannte Sportmann ...

Selbstbekenntnisse Richard Dehmels.

Richard Dehmel, der große Dichter, der vor kurzem dahingekommen ist ...

dreißig Bedenken heraus. Es ist mir nämlich wie den ...

Neues aus aller Welt.

Waf der Lokomotive erschossen. In Berlin, 24. März. Im ...

Die Reise um die Welt in 60 Tagen. Ein amerikanischer ...

Ein Frachtdampfer gesunken. Ein Frachtdampfer zufolge ...

Handelsteil.

Berliner Devisenkurse.

Table with exchange rates for various locations like Holland, Belgien, Norwegen, etc.

Industrie und Handel.

Betriebs Einstellung Mannheimer Werke. Dieser Tage ...

A-G für Verzinkerei und Eisenkonstruktion vorm ...

Vereinigte Fränkische Schuhfabriken vorm. Max Brust ...

Wettervoraussage für Freitag, 26. März 1920 ...

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. ...

Aus Kunst und Leben.

C. K. Frühling in der „Stadt der Düste“. Große, das ...

Frühere Gefangene! Dem Vaterland soll ein Geschenk ...

